Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark
Girokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89
Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt"
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und Kleine Anzeigen . . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
:-: Postscheckkonto Nr. 404 49 Amt Köln :-:

Nummer 289 | Fernsprecher Nr. 1 | Laasphe, Donnerstag den 11. Dezember 1930 | 55. Jahrgang

Neues vom Tage.

— Das preußische Ministerium des Innern hat eine Polizeiverordnung erlassen, durch die der Branntweinausschank vor 9 Uhr morgens, also für die Zeit von 3 bis 9 Uhr morgens, verboten wird.

— Die Zahl der Arbeitslosen in England wird amtlich für den 1. Dezember mit 2 305 639 angegeben. Diese Ziffer ist um 19 179 höher als die der Vorwoche und um 1 002 709 höher als die am 1. Dezember 1929.

— Im Hafen von Blyth brach auf dem 25 000 Tonnen großen Passagierdampfer „Empreß of Scotland", der dort abgetakelt werden sollte, ein Brand aus, der großen Umfang annahm. Der Dampfer wurde ein Opfer der Flammen.

— Das Repräsentantenhaus (Abgeordnetenhaus) der Vereinigten Staaten bewilligte einstimmig einen Kredit von 110 Millionen Dollar für öffentliche Bauarbeiten.

Das Pensionskürzungsgesetz.

□ Das Pensionskürzungsgesetz, das die Reichsregierung dem Reichsrat und, als dieser zugestimmt hatte, dem Reichstage vorlegte, gehört zu den Entwürfen, die nicht in die Notverordnung einbezogen werden konnten, da sie verfassungsändernden Charakter haben. Der Reichsrat hat dem Entwurf des Pensionskürzungsgesetzes mit der für Verfassungsänderungen vorgesehenen Stimmenzahl zugestimmt.

Der Gesetzentwurf verdankt seine Entstehung folgenden Gedankengängen: Wenn ein pensionierter Beamter noch irgend eine Beschäftigung für den Staat übernahm und dafür bezahlt wurde, so wurde ihm diese Bezahlung auf sein Ruhegehalt angerechnet, d. h. seine Pension wurde ihm um diesen Betrag gekürzt. Arbeitete ein pensionierter Beamter dagegen im Privatdienst, so erhielt er — ohne Rücksicht darauf, was ihm diese Tätigkeit eintrug — die volle Pension weiter. Die Begründung des Gesetzentwurfs sagt darüber:

Bei den Erörterungen über die Gestaltung und den Umfang einer Ausgabensenkung konnte auch an einer Frage nicht vorübergegangen werden, die von vielen Seiten immer wieder zum Gegenstand ernster Vorstellungen gemacht und auch im Reichstag unter Annahme von Entschließungen wiederholt zur Sprache gebracht ist — an der Frage einer Kürzung der Bezüge der Ruhegeldempfänger bei deren Beschäftigung in Privatdienst. Ihre Beschäftigung im öffentlichen Dienst in der Eigenschaft eines Beamten oder als Angestellten oder Arbeiter hatte schon seit jeher eine Kürzung des Ruhegehaltes bedingt. Die gänzliche Nichtberücksichtigung des Privatarbeitsverdienstes neben dem Ruhegeld erschien demgegenüber nicht gerechtfertigt. Dazu kamen bezüglich der Verwendung von Ruhegeldempfängern in Privatbetrieben usw. die dauernden Klagen einzelner Angestellten, die keine Beschäftigung fanden, weil die freien Stellen vielfach von Ruhgeldempfängern als billigeren Arbeitskräften in Besitz genommen waren, sowie die dringenden Eingaben der Angestelltenusw. Verbände, die gleichfalls in der Beschäftigung von Ruhegeldempfängern, die sie in diesem Falle als Doppelverdiener bezeichneten, eine schwere Beeinträchtigung der Interessen ihrer Mitglieder erblickten.

Die wesentlichsten Bestimmungen des Entwurfs zu einem Pensionskürzungsgesetz sind: Grundsätzlich will das neue Gesetz nur die Pensionen der Ruhegeld-Empfänger kürzen, die ein Arbeitseinkommen neben ihrem Ruhegehalt haben. Ein Pensionär kann bis zu einer Grenze von 6000 Mark jährlich zu seiner Pension hinzu verdienen, ohne daß eine Kürzung eintritt. Verdient der Pensionär mehr als 6000 Mark, so wird die Pension um die Hälfte des Betrages gekürzt, um den das Arbeitseinkommen 6000 Mark übersteigt. Wenn aber beispielsweise ein pensionierter höherer Beamter ein Ruhegehalt von jährlich 12 000 Mark bezieht und — etwa als Syndikus eines Unternehmens — noch 12 000 Mark hinzuverdient, so wird im die Pension um 6000 Mark gekürzt; es bleibt ihm dann immer noch ein Einkommen von 18 000 Mark im Jahr. Eine Erleichterung ist für den Fall vorgesehen, daß eine Kürzung nicht eintritt, wenn Pension und Arbeitseinkommen den Betrag von 9000 Mark im Jahr nicht übersteigt, so daß grundsätzlich eine Kürzung erst bei einem Einkommen von 9000 Mark eintritt.

Der zweite Absatz des Gesetzentwurfes regelt die Vorschriften für den Bezug von Höchstruhegeld neu. Ergibt sich bei der Berechnung eines Ruhegeldes ein Jahresbetrag von mehr als 12 000 Mark, so wird, wenn der Betreffende der Besoldungsgruppe, aus der sein Ruhegeld zu berechnen ist, weniger als fünf Jahre angehört hat, der Mehrbetrag gekürzt, und zwar: wenn dieser Zeitraum

mindestens 4 Jahre betragen hat, um 10 vom Hundert,
mindestens 3 Jahre betragen hat, um 20 vom Hundert,
mindestens 2 Jahre betragen hat, um 30 vom Hundert,
mindestens 1 Jahre betragen hat, um 40 vom Hundert,
weniger als 1 Jahre betragen hat, um 50 vom Hundert.

Keinesfalls aber darf der Betreffende ungünstiger gestellt werden, als wenn er in einer niedrigen Besoldungsgruppe, der er früher angehört hat, verblieben und sein Ruhegeld aus dieser Besoldungsgruppe zu berechnen wäre. — Das sind die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfs, mit dessen Beratung der Reichstag am Dienstag dieser Woche begonnen hat.

Im Westen Berlins — doch Neues.

Nationalsozialistische Demonstrationen gegen den Remarque-Film. — Goebbels spricht. — Um Mitternacht. — Ein Abgeordneter festgenommen. — Der Reichspräsident soll helfen. — Eine Maßnahme des Berliner Polizeipräsidenten. Die Länder gegen den Remarque-Film.

× Berlin, 10. Dezember.

Gegen die Aufführung des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues" hat es seit über einer Woche allabendlich Demonstrationen in Berlin gegeben. Einen besonders großen Umfang nahmen sie am Dienstag abend an, wo sich auf dem Wittenberg-Platz mehrere Tausend Demonstranten eingefunden hatten. Gegen ½10 Uhr erschien der Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels mit weiteren 84 nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten. Als Erster sprach der S. S.-Führer Reichstagsabgeordneter Himmler (München), der in scharfen Worten gegen die Weiteraufführung des Films „Im Westen nichts Neues" Stellung nahm. Dr. Goebbels wandte sich in seinen Ausführungen besonders gegen die Aktion der Polizei. Eine gefährliche Situation entstand am Schluß der Kundgebung, gegen 10 Uhr, durch das plötzliche Erscheinen eines Feuerwehrzuges. Die Demonstranten glaubten, daß die Polizei die Feuerwehr zu Hilfe herangeholt habe, da auch bereits am Nollendorfplatz das neue Wasserschleuderauto der Polizei bereitgestanden hatte und empfingen die Feuerwehr mit großem Johlen und Pfeifen. Die Demonstranten nahmen gegen die Feuerwehr, die nach dem Hause am Wittenberg-Platz 5, vor dem die Demonstranten dicht gedrängt standen, alarmiert war, eine drohende Haltung ein. Es stellte sich aber heraus, daß es sich um blinden Alarm handelte, und es gelang nach kurzer Zeit, darüber der aufgeregten Menge Aufklärung zu geben. Kurz nach 10 Uhr formierte sich ein Demonstrationszug, der sich durch die Ansbacher- nach der Augsburger Straße bewegte. — Auch am Lützow-Platz und auf dem Fehrbelliner-Platz fanden nationalsozialistische Kundgebungen gegen den Film statt.

Mitternächtliche Kundgebungen.

Gegen ½12 Uhr nachts traf Dr. Goebbels mit seinem Auto am Knie ein, von den Tausenden von Nationalsozialisten mit Heilrufen empfangen. In seiner Ansprache erklärte Dr. Goebbels, daß die Nationalsozialisten die Macht mit legalen Mitteln erringen würden.

Dr. Goebbels wies darauf hin, daß am Donnerstag die Entscheidung darüber fallen werde, ob der Film weitergespielt wird oder nicht. Wird der Film weitergespielt, so werde man mit noch größerer Energie die Demonstrationen wiederholen, solange, bis der Film verschwinde. Schließlich forderte der Redner die Anwesenden auf, eiserne Disziplin zu halten und sich nicht zu Gewalttaten hinreißen zu lassen. Mit einem dreifachen Heilruf auf den Nationalsozialismus, der von den Massen mit einem gleichen Heilruf auf Goebbels beantwortet wurde, schloß die Kundgebung am Knie.

Kurz nach Mitternacht, nachdem der erste Demonstrationszug der Nationalsozialisten sich am Knie aufgelöst hatte, erschien ein zweiter Demonstrationszug von mehreren tausend Personen, vor denen Dr. Goebbels eine zweite Ansprache hielt. Vor der Ansprache wurde ein Auto des Ueberfallkommandos von den Demonstranten mit faulen Eiern und faustgroßen Pflastersteinen beworfen. Der Befehlshaber des Autos ließ die Mannschaft absitzen und gegen die Angreifer vorgehen, wobei der Gummiknüppel zur Anwendung kam. Als die Beamten in größere Bedrängnis gerieten, gaben sie mehrere Schreckschüsse in die Luft ab, wodurch die Auflösung eines Teiles des Zuges bewirkt wurde. Nach der Rede von Dr. Goebbels löste sich auch der zweite Demonstrationszug auf und es trat im allgemeinen Ruhe ein.

Ein Abgeordneter zwangsgestellt.

Bei einer dieser Kundgebungen ist der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Fabricius zwangsgestellt worden. Hierzu erfahren wir folgende Einzelheiten: Auf der Kleiststraße war ein Autoreifen geplatzt, und die Demonstranten glaubten, daß von der Polizei scharf geschossen werde.

Darauf sprach Abg. Dr. Fabricius den Kommandeur der Schutzpolizei, Heimannsberg, der zufällig in der Kleiststraße mit einigen Offizieren im Gespräch war, an, und nach einem kurzen Wortwechsel wurde der Abgeordnete zwangsgestellt, weil er den Kommandeur der Schutzpolizei wiederholt in seinen Amtshandlungen gestört hat. Um Mitternacht wurden die Sperren am Nollendorfplatz zum Teil wieder aufgehoben. Auch der Wasserwagen der Polizei ist zurückgezogen worden.

Appell an den Reichspräsidenten.

Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei Dr. Hugenberg und Dr. Oberfohren, der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, haben an den Reichspräsidenten von Hindenburg im Namen der Deutschnationalen Volkspartei folgendes Telegramm gerichtet:

Dem Herrn Reichspräsidenten! Trotz des Einspruches des Reichswehrministeriums gegen den Hetzfilm „Im Westen nichts Neues", trotz der berechtigten Empörung der gesamten nationalen Bevölkerung werden die Aufführungen des Films unter stärkster Inanspruchnahme der Polizei fortgesetzt. Wir bitten den Herrn Reichspräsidenten, den Führer der in diesem Filme beschimpften Heere des Weltkrieges, den Oberbefehlshaber der jetzigen Wehrmacht durch persönliches Eingreifen diesem öffentlichen Skandal ein Ende zu machen.

Der Reichsinnenminister Dr. Wirth hat sich den viel umstrittenen Film „Im Westen nichts Neues" in seinem Ministerium vorführen lassen. Wie die Börsenzeitung berichtet, hat der Minister es abgelehnt, den Film zu verbieten.

Demonstrationsverbot.

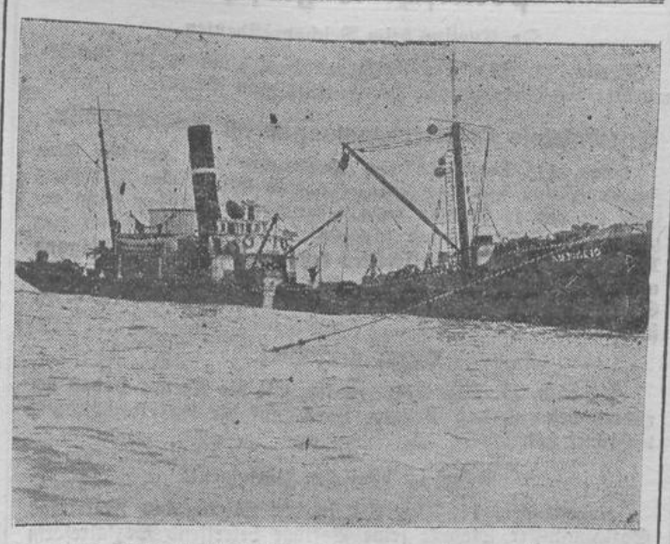
Der Polizeipräsident zu Berlin teilt mit: Nachdem die verschiedenen politischen Kundgebungen in den letzten Tagen trotz geringfügiger Beteiligung (in keinem Falle mehr als 6000) eine Störung der öffentlichen Ordnung herbeigeführt haben,

hat der Polizeipräsident in Berlin auf Grund des Artikel 123, Absatz 2, der Reichsverfassung von Mittwoch, den 10. Dezember, ab 14 Uhr, sämtliche Kundgebungen und Umzüge unter freiem Himmel verboten. Dieses Verbot wird bis auf weiteres aufrechterhalten mit der Ausnahme, daß eine Anzahl von Plätzen, deren Namen noch bekanntgegeben werden, für Versammlungen freigegeben bleiben.

Umzüge bleiben auch dann in jedem Falle untersagt. In den übrigen Straßen und Plätzen wird jede Ansammlung unter Umständen ohne vorherige Warnung polizeilich zerstreut.

Gegen den Remarque-Film.

Außer den Regierungen von Thüringen und Sachsen haben sich jetzt auch die Regierungen von Bayern, Württemberg und Oldenburg für den Widerruf der Zulassung des Films „Im Westen nichts Neues" ausgesprochen.



Dampfer „Artiglio" bei der Sprengung eines untergegangenen französischen Munitionsschiffes gesunken.

Der italienische Dampfer obigen Namens ist am 7. Dez. ds. Js. bei der Sprengung eines während des Weltkrieges zwischen den Inseln Houat und Hoedic gesunkenen französischen Munitionsschiffes mit in die Tiefe gezogen worden. 12 Mann der Besatzung und 2 Taucher sind getötet worden, 7 andere Seeleute haben schwere Verletzungen davongetragen.

Aus dem Reichskabinett.

Keine weiteren Zollerhöhungen bevorstehend.

Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett sich mit der Frage befaßt, ob der gegenwärtige Zollschutz — z. B. für Butter — unter dem stärker werdenden Druck des Auslandes ausreicht. Der Reichsernährungsminister hatte offenbar den Wunsch, daß das Kabinett sich vom Reichstag die Ermächtigung geben lassen sollte, die Zölle je nach den Schwankungen der Weltlage zu variieren. Nach diesem System wird die französische Zollpolitik praktisch gehandhabt. Die Diskussion im Kabinett hat aber ergeben, da die Reichsregierung es nicht für zweckmäßig hält, sich jetzt kurz vor dem Auseinandergehen des Reichstages noch um eine solche Ermächtigung zu bemühen. Dabei wurde auch darauf hingewiesen, daß weitere Zollheraufsetzungen nur schwer mit einer Politik vereinbart werden können, die auf die Herabsetzung der Preise und Löhne hinwirken will. Man beurteilt zudem die Lage der Landwirtschaft dahin, daß eine Reihe von Symptomen dafür sprechen, daß die Agrarkrise nun doch allmählich zum Stillstand kommt.

Schließlich sieht man z. B. in der Tatsache, daß der Weizenpreis im Hamburger Freihafen 6.20 Mark und in Berlin 12.80 Mark beträgt, einen Beweis dafür, wie unabhängig ein Teil der Agrarprodukte preismäßig bereits von der Weltlage geworden ist, die eine ständig sinkende Preistendenz zeigt. In politischen Kreisen sieht man hierin ein wesentliches Verdienst des Reichsernährungsministers Schiele, der sich übrigens selbst den Argumenten nicht verschlossen hat, die für den Augenblick gegen weitere Zollerhöhungen sprechen. Das bedeutet, daß die gestrige Darstellung eines Berliner Abendblattes, aus der man auf eine stille Krise schließen mußte, vollkommen unrichtig ist.

Deutscher Reichstag

= Berlin, 10. Dezember.

Die Mittwochsitzung des Reichstags begann nachmittags 3 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung protestiert Abg. **Dr. Frick** (Nat.-Soz.) gegen die Verhaftung des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Fabricius, der im Zusammenhang mit den nationalsozialistischen Demonstrationen gegen den Remarque-Film auf Befehl des Polizeiobersten Heimannsberg festgenommen worden ist. Er beantragt die Freilassung des Abgeordneten Dr. Fabricius. — Der sofortigen Beratung des nationalsozialistischen Antrags wird von Sozialdemokraten widersprochen. (Stürmische Pfui!-Rufe bei den Nationalsozialisten.)

Abg. **Dr. Frick** (Nat.-Soz.) beantragt darauf die Vertagung der Sitzung.

Dieser Antrag wird im Hammelsprung mit 214 gegen 187 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Für die Vertagung haben mit den Nationalsozialisten auch die Deutschnationalen, das Landvolk, die Kommunisten, die Christlich-Sozialen und die Volksnationalen gestimmt. Die Wirtschaftspartei hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Das Abstimmungsergebnis wird von den Nationalsozialisten mit stürmischem Beifall begrüßt. Ein Nationalsozialist ruft: „Köpfe werden rollen!"

Präsident **Löbe** vertagt die Sitzung bis 16 Uhr. — Schon 20 Minuten vor 16 Uhr eröffnet Präsident **Löbe** die Sitzung wieder. Er teilt mit, daß im Aeltestenrat eine Einigung dahin erzielt sei, der sofortigen Beratung des nationalsozialistischen Freilassungsantrags nicht zu widersprechen. Präsident Löbe stellt dann ohne Widerspruch fest,

daß der Freilassungsantrag für Dr. Fabricius ohne Debatte angenommen sei.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Antrages des Abgeordneten Dr. Kahl (DVp.), wonach die bisherigen Beschlüsse des alten Ausschusses für

Strafrechtsreform

dem neuen Reichstagsausschuß überwiesen werden soll.

Abg. **Dr. Kahl** DVp.) begründet den Antrag. Er weist darauf hin, daß der alte Reichstag es versäumt habe, ein Ueberleitungsgesetz für die Strafrechtsreform zu schaffen. Es wäre aber nicht zu rechtfertigen, wenn die wertvolle Arbeit von zwei Reichstagen für die Strafrechtsreform verloren ginge.

Präsident **Löbe** unterbricht den Redner mit der Mitteilung, daß Dr. Fabricius schon vor dem Freilassungsbeschluß aus der Haft entlassen worden sei.

Staatssekretär **Joël** vom Reichsjustizministerium spricht dem Abgeordneten Dr. Kahl den Dank dafür aus, daß er den Anstoß gegeben habe zur Wiederaufnahme der Strafrechtsreform, mit der Kahls Name für alle Zeiten untrennbar verbunden sein werde. Das geltende alte Strafrecht sei heute naturgemäß politisch, sozial und wirtschaftlich völlig überaltert. Ein Abbruch der in den beiden letzten Reichstagen begonnenen Reformarbeit würde die bedenklichsten Folgen haben.

Abg. **Muntau** (Chr.-Soz.) begrüßt den Vorstoß des Abg. Dr. Kahl. Die Fortsetzung der Reformarbeit am Strafrecht sei notwendig, wenn man auch nicht allen Einzelheiten der bisherigen Ausschußarbeit zuzustimmen brauche.

Abg. Dr. **Löwenthal** (Kom.) erklärt, wenn je einer Zeit der Ruf zur Strafrechtsreform nicht behagt habe, so sei es die deutsche Gegenwart, in der ein fascistisches Regime sich über den Willen der Volksmehrheit hinwegsetze.

Abg. **Heines** (Nat.-Soz.) und mehrere andere Nationalsozialisten rufen: „Unverschämter Judenjunge!". Sie werden dafür zur Ordnung gerufen. Von den Nationalsozialisten wird weiter gerufen: „Was geht den Jud' das deutsche Recht an?"

Präsident Löbe erklärt, wenn die dauernden Störungen nicht aufhörten, müsse er mit Ausweisungen vorgehen. Darauf verlassen verschiedene Nationalsozialisten den Saal, die übrigen drehen sich um, so daß sie dem Redner den Rücken zukehren. Als von den Kommunisten durch Zurufe auf diese Demonstranten hingewiesen wird, rufen die Nationalsozialisten: „Es riecht uns zu sehr nach Knoblauch!" Als einziges Mitglied seiner Fraktion bleibt der nationalsozialistische Abgeordnete Stöhr mit dem Gesicht dem Redner zugewandt.

Abg. Dr. **Frank** II (Nat.-Soz.) beginnt seine Rede mit den Worten: „Der Proletarier Löwenthal hat die ostjüdische Unverschämtheit besessen ...

Präsident **Löbe** ruft den Redner zur Ordnung. Der Redner wiederholt den Satzanfang. Präsident Löbe ruft ihn nochmals zur Ordnung und macht ihn auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam. Die Kommunisten erzeugen durch „Rhabarber-Gemurmel" Unruhe, in der die weiteren Ausführungen des Redners nur sehr schwer zu verstehen sind.

Abg. **Wegmann** (Zentr.) beschränkt sich auf die kurze Bemerkung, daß das Zentrum gegen die bisherige Reformarbeit starke Bedenken habe, aber der Ausschußüberweisung nicht widersprechen wolle. Die Bayerische Volkspartei nehme die gleiche Haltung ein.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (Soz.) nimmt dann das Wort, worauf die meisten Nationalsozialisten den Saal verlassen.

Abg. Dr. **Goebbels** ruft im Gehen: „Was hat denn dieser Jude im Deutschen Reichstag zu suchen?"

Präsident Löbe ruft den Abgeordneten Dr. Goebbels zur Ordnung.

Abg. Dr. **Rosenfeld** stimmt dem Antrag Kahl zu, verlangt aber, daß im neuen Strafgesetzbuch die Todes- und die Zuchthausstrafe verschwinden. Bei weiteren Ausführungen des Redners entsteht großer Lärm.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Becker macht laute Zurufe und geht dann drohend gegen einige Abgeordnete von links vor.

Präsident Löbe weist ihn wegen Bedrohung von Abgeordneten aus dem Saal und ruft den nationalsozialistischen Abgeordneten Brückner wegen beschimpfender Zurufe zur Ordnung.

Abg. Becker verläßt den Saal.

Abg. Dr. **Kahl** (DVp.): Ich verzichte auf ein weiteres Schlußwort mit Rücksicht auf den Tiefstand der Diskussion. Wären die beiden Parteien rechts und links konsequent, so würden sie verzichten auf die Mitwirkung an einem neuen Strafgesetzbuch, und wenn sie verzichten, dann bin ich überzeugt, wird auch ein gutes deutsches Strafgesetzbuch zustandekommen. (Lebhafter Beifall in der Mitte.)

Der Antrag Kahl wird hierauf gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen dem Strafrechtsausschuß überwiesen.

Dann wird die gestern abgebrochene Aussprache über das

Pensionskürzungsgesetz

fortgesetzt.

Abg. **Reinhold** (D. Stp.) erklärt, seine Partei stehe fest auf dem Boden des Berufsbeamtentums und werde keinem Gesetz zustimmen, das diesem Boden verlasse.

Abg. **Lucke** (WP.) hält es für notwendig, im Ausschuß aus der Vorlage die jetzt darin enthaltenen Härten und Ungerechtigkeiten zu entfernen.

Abg. **Hemeter** (Landvolk) bezeichnet in einer kurzen Fraktionserklärung eine Kürzung der Pensionen als notwendig. Der Ueberweisung des Entwurfs an den Haushaltsausschuß stimmt er zu.

Abg. **Groß** (Zentr.) richtet heftige Angriffe gegen die Wirtschaftspartei, die ihre Beamtenfeindlichkeit mit dem bekannten „Madenlied" und mit verschiedenen Agitationsreden bewiesen habe. Der Gegensatz zwischen der Agitation gegen die hohen Pensionen und der Haltung zu diesem Gesetz zeige sich auch bei den Nationalsozialisten und Deutschnationalen. (Rufe rechts: „Adenauer!")

Um 20¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 13 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge zum Ladenschluß am Weihnachts-Heiligabend.

Anträge im Reichstag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Entwurf eines Kartell- und Monopolgesetzes als Initiativantrag eingebracht. In dem Gesetz wird die Reichsaufsicht über Kartelle, monopolistische Konzerne und monopolistische Einzelunternehmungen festgelegt. Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat eine Interpellation eingebracht, in der an einen früheren Reichstagsbeschluß erinnert wird, der die Reichsregierung ersuchte, die wirtschaftlichen Betriebe des Reichs und der ihm unterstehenden öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit Ausnahme der gemeinnützigen öffentlichen Versorgungsbetriebe auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion protestierte in einer Interpellation gegen das preußische Verbot der Zugehörigkeit von Beamten zur Nationalsozialistischen Partei.

*

Haushaltsausschuß des Reichstags.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags nahm am Mittwoch früh die Verteilung der Referate über die einzelnen Haushalte des Etats 1931 vor, der ihm vom Plenum am Samstag zur Weiterberatung überwiesen worden ist. Im übrigen standen auf der Tagesordnung nur kleinere Vorlagen, darunter die Aenderung des Postfinanzgesetzes, wonach künftig der Anteil der Reichskasse nicht mehr nach dem Gewinn, sondern nach den Bruttoeinnahmen der Reichspost berechnet werden soll. Es folgte die Beratung des Sonderfonds des Auswärtigen Amts bezüglich der Umzugskosten.

*

Aus dem Aeltesten-Ausschuß.

Berlin, 11. Dez. Im Aeltestenrat des Reichstags einigte man sich darüber, daß außer den bereits auf der Tagesordnung des Reichstags stehenden Gegenständen noch folgende Angelegenheiten vor Weihnachten erledigt werden sollen: Ladenschluß am Heiligen Abend, Verlängerung der vorläufigen Regelung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung, Verlängerung der Urheberrechtsschutzfrist und die Reform der Angestelltenversicherung. Die Beratung dieser Gegenstände wird noch Reichstagssitzungen bis zum Freitag abend, vielleicht sogar bis zum Samstag, notwendig machen.

Der Ladenschluß am Heiligen Abend.

Es bleibt beim Fünfuhr-Ladenschluß. — Gaststätten müssen um 7 Uhr schließen.

× Berlin, 11. Dezember.

Der Sozialpolitische Reichstagsausschuß trat am Mittwoch zu seiner ersten Sitzung zusammen, um sich zu konstituieren und dann die Anträge über den

Ladenschluß am Heiligen Abend

zu beraten.

Nach längerer Beratung wurde ein Antrag angenommen, wonach für offene Verkaufsstellen, auch wenn sie keine Angestellten beschäftigen, der Ladenschluß am Heiligen Abend allgemein auf 5 Uhr festgelegt wird. Bis zu einer halben Stunde nach Ladenschluß dürfen noch bereits anwesende Käufer bedient und Aufräumungsarbeiten geleistet werden. Dieser Beschluß bedeutet, daß die in der bisherigen Regelung enthaltene Ausnahme für Blumen- und Genußmittelgeschäfte und für Geschäfte ohne Angestellte, die bis um 6 Uhr offen halten durften, beseitigt wird. Dieser Beschluß wurde mit großer Mehrheit gefaßt, da Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und Christlich-Soziale geschlossen dafür eintraten, während die anderen Parteien nicht einheitlich stimmten. Dagegen stimmten die Wirtschaftspartei, die Deutschnationalen, das Landvolk und ein Vertreter der Deutschen Volkspartei. Weiter beschloß der Ausschuß, daß alle Gaststätten am Heiligen Abend, auch wenn sie keine Angestellten beschäftigen, um 19 Uhr schließen müssen.

Die Landesbehörden können bestimmen, daß für die Beköstigung und Beherbergung Ortsfremder eine den Bedürfnissen entsprechende Regelung getroffen wird. Auch dieser Beschluß wurde mit großer Mehrheit gefaßt.

Politische Tagesschau.

Dr. Curtius beim Reichspräsidenten.

Berlin, 11. Dez. Der Reichspräsident empfing den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius zum Vortrag.

Ergebnislose Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau.

Essen, 11. Dez. In den Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Gewerkschaften wurde eine Einigung über die am 1. Januar 1931 festzusetzenden Löhne nicht erzielt. Der Zechenverband forderte eine Lohnherabsetzung von 12 Prozent. Die Gewerkschaften lehnten jede Lohnermäßigung ab. Der Zechenverband wird den Schlichter anrufen. Die Schlichtungsverhandlungen werden voraussichtlich am 19. d. M. stattfinden.

Laval verzichtet.

Paris, 11. Dez. Soeben wird, wie die Agence Havas berichtet, bekannt, daß Senator Laval auf die Kabinettsbildung verzichtet hat.

Schuß im dänischen Parlament.

Kopenhagen, 11. Dez. Als in der Sitzung des Folketings Sozialminister Steincke seine Vorlage betreffend Sozialreform begründete, wurde er gegen 16 Uhr durch Lärm von der Zuschauertribüne unterbrochen. Einer der Zuhörer begann zu sprechen. Nach den Worten „Im Namen der Arbeitslosen will ich ..." ergriffen ihn anwesende Kriminalbeamte und Reichstagsbedienstete. In demselben Augenblick gab ein in seiner Begleitung befindlicher anderer Zuhörer einen Revolverschuß ab, der jedoch niemand traf. Es wurden insgesamt vier Verhaftungen vorgenommen. Die Verhandlungen wurden nicht unterbrochen. Zwei der Verhafteten, darunter der, der den Schuß abgab, sind bekannte Kommunisten.

Aus der Heimat

Donnerstag den 11. Dezember 1930

Entwicklung der Kreisumlage.

Vom Landkreistag wird uns geschrieben:

Bei der Geringfügigkeit eigener Steuerquellen müssen die Landkreise ganz gegen die Absicht des Gesetzgebers die Kreisumlage, die nur Spitzendeckung sein soll, außerordentlich anspannen. Sie beträgt fast die Hälfte sämtlicher Steuereinnahmen der Landkreise und zwar 145 Millionen 1928, 148 Millionen 1929 und ohne die noch zu erwartenden Nachtragsumlagen 161 Millionen im Rechnungsjahr 1930. Dabei sind infolge der allgemein schlechten Wirtschaftslage die der Kreissteuer zu Grunde liegenden Grundbeträge (Realsteuersoll und Ueberweisungen) von 338 Millionen im Jahre 1928 auf 310 Millionen im Rechnungsjahr 1930 zurückgegangen. Die Erhöhung der Kreisumlage ist bedingt durch die steigenden Wohlfahrtslasten, die die Landkreise als Bezirksfürsorgeverbände mit 70 Prozent zu tragen haben. Im Durchschnitt sämtlicher preußischer Landkreise beträgt die Kreisumlage 1930 pro Kopf der Bevölkerung 7,94 Mk. gegen 6,45 Mk. im Rechnungsjahr 1928. Dabei weisen die einzelnen Landesteile gemäß ihrer wirtschaftlichen Struktur erhebliche Unterschiede auf. So beträgt der Kopfbetrag 1930 z. B. in Ostpreußen 9,10 Mk., in Brandenburg 7,69 Mk., in Hannover 10,54 Mk., in Westfalen 7,85 Mk., in der Rheinprovinz 5,43 Mk. Die höchste Steigerung gegen 1928 ist in Westfalen mit 180 Prozent und in der Rheinprovinz mit 150 Prozent zu verzeichnen. Das liegt einmal daran, daß in den anderen Provinzen die Kreisumlage zum Teil schon in den früheren Jahren die Grenze der Leistungsfähigkeit erreicht hatte und daran, daß in den industriell eingestellten Kreisen des Westens die Wohlfahrtsausgaben ganz besonders gestiegen sind.

Der Kreis Wittgenstein ist durch die große Steigerung der Arbeitslosigkeit und der Aussteuerungen Erwerbsloser, die dann aus Fürsorgemitteln unterstützt werden müssen, ebenfalls zur Erhebung einer Nachtragsumlage gezwungen. Wird diese vom Kreistage in der vom Kreisausschuß vorgeschlagenen Höhe bewilligt, so entfällt auf den Kopf der Bevölkerung eine Kreisumlage von rund 4,08 *RM.* Die Kreisumlage hält sich dann nur wenig über der Hälfte des Durchschnitts von Provinz und Staat.

*

—* **Kriegsbeschädigte und Notverordnung vom 1. Dez. 1930.** Die neue Notverordnung enthält für die Kriegsbeschädigten eine Reihe wesentliche Aenderungen. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten ꝛc., Gauleitung Westfalen weist hierdurch auf die wichtigsten Aenderungen der alten Notverordnung ausdrücklich hin. Geändert sind zu Gunsten der Kriegsbeschädigten die Bestimmungen über die Bürgersteuer und die Krankenversicherung. Die Verpflichtung zur Zahlung der Bürgersteuer ist jetzt dahingehend geändert, daß diese Steuer nicht erhoben werden darf von Personen, die am Fälligkeitstage eine Zusatzrente nach § 88 des Reichsversorgungsgesetzes erhalten. Sämtliche Kriegereltern, Kriegshinterbliebene und Beschädigte, die Zusatzrente empfangen haben, sind für das kommende Steuerjahr von der Zahlung der Bürgersteuer befreit. Soweit sie eine Veranlagung für die Bürgersteuer erhalten, müssen sie den Bezug der Zusatzrente der Veranlagungsbehörde umgehend anzeigen. Soweit Kriegsopfer keine Zusatzrente, aber eine Invalidenrente aus der reichsgesetzlichen Sozialversicherung erhalten und ihr gesamtes Jahreseinkommen den Betrag von 900 RM. nicht übersteigt, sind sie von der Zahlung der Bürgersteuer ebenfalls befreit. Ferner sind alle Personen befreit, die laufend Fürsorgeleistungen beziehen. Von der Zahlung der Gebühr für den Krankenschein, sowie für das Verordnungsblatt (Rezeptgebühr) sind nach der jetzigen Notverordnung auf Grund der neuen Bestimmungen des § 182b befreit sämtliche schwerkriegsbeschädigte Rentenempfänger aus der Reichsversorgung, also diejenigen Kriegsbeschädigten, die eine Rente von 50 und mehr Prozent beziehen. Außerdem sind nach der Neufassung des § 8 des RVG. sämtliche Beschädigte, die eine Zusatzrente nach dem RVG. beziehen, von der Zahlung der Gebühren befreit. Bei Inanspruchnahme der Krankenhilfe ist also die Eigenschaft als Schwerbeschädigter oder als Empfänger von Zusatzrente nachzuweisen. Die Beschädigten, die für die Befreiung in Frage kommen, wollen deshalb jedesmal die entsprechenden Ausweispapiere mitnehmen. Vom 10. Tage der Krankheit ab ist eine Gebühr für Arznei und Heilmittel überhaupt nicht mehr zu entrichten, auch nicht von den Leichtbeschädigten, die für die ersten 10 Tage nicht von den Gebühren befreit sind. Der Kampf des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten gegen die drückenden Bestimmungen der ersten Notverordnungen ist also wenigstens teilweise von Erfolg gekrönt.

*

Laasphe:

* **Weihnachtsfeier des Vaterl. Frauenvereins.** Zu der diesjährigen Jahresfeier des Vaterl. Frauenvereins, die am Mittwoch abend im Fuchs'schen Saale stattfand, hatte der Vorstand die Freude, daß ihm zu der üblichen Verlosung von allen Seiten durch Stiftung von Gewinnen und Kauf von Losen die beste Unterstützung zuteil geworden war. So kann der Verein denn auch in diesem Jahre so vielerlei Not nach besten Kräften die Aufgaben, die er sich gesteckt hat, erfüllen und in manche Familie etwas Weihnachtsfreude bringen. Der Abend nahm bei Kaffee und Kuchen seinen gewohnt fröhlichen Verlauf. Mancherlei Aufführungen Reigen der Kinder geleitet von Frl. Hohoff, Keulenschwingen der Mädchenabteilung des Turnvereins und ein kleines Lustspiel des Töchterheims Groos sorgten für Unterhaltung und ließen die Stunden im Fluge verziehen. Die Verlosung mit ihren vielen Gewinnen führte bis nahe an Mitternacht heran. Manch glücklicher Gewinner konnte sich über einen schönen Gewinn freuen. So schauen wir mit Dank und Freude auf den schön verlaufenen Abend zurück.

* **Seinen 74. Geburtstag** begeht heute der Schmiedemeister Chr. Fischer in der Mauerstraße bei erfreulichem Wohlbefinden. Unsere besten Wünsche dem beliebten Geburtstagskind, einem der letzten Laaspher Originale, zum heutigen Tage.

** **Feudingen.** Hohes Alter. Gestern feierte in voller körperlicher und geistiger Frische der Veteran von 1870/71 Christian Müller seinen 82. Geburtstag. Reichspräsident von Hindenburg ließ ihm seine Glückwünsche übermitteln und schenkte ihm sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift. Auch wir gratulieren diesem alten Deutschen noch nachträglich recht herzlich zu seinem Geburtstage.

Erndtebrück:

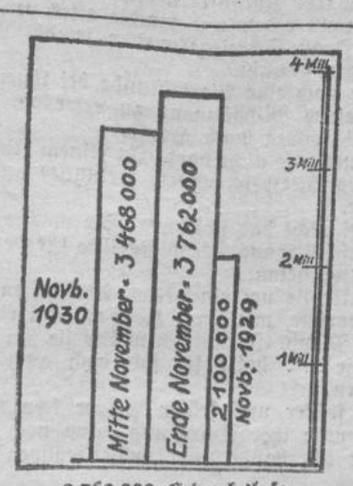
Verkehrsverein. Am Montag abend hielt der Vorstand nochmal eine Versammlung ab, um das inzwischen gesammelte Material durchzusprechen und über die Art der nun einzusetzenden Werbetätigkeit Beschluß zu fassen. Vor Eintritt in die eigentliche Aussprache erstattete Konrektor Nollkämper als Mitglied des Verschönerungsausschusses des Verkehrsverband Siegerland Bericht über die Sitzung vom 26. November im Hotel Metropol-Siegen. Ferner erstattete Prokurist Wilh. Dreisbach als Mitglied des Werbeausschusses Bericht über die Tagung am 2. ds. Mts. im Hotel Fürst Moritz-Siegen. Ueber alle in beiden Versammlungen behandelten Fragen erfolgte eine ausführliche Aussprache. Sodann wandte sich der Vorstand wieder internen Fragen zu, von denen die folgenden von besonderem Interesse sind. Unabhängig von der Propaganda, die im Rahmen des Verkehrsverbandes für Erndtebrück gemacht wird, wurde die Herausgabe eines besonderen Prospektes beschlossen. Man ging dabei allgemein von der Ansicht aus, daß es sich bei der Frage um die Hebung des Fremdenverkehrs um ein bis jetzt noch unbearbeitetes Gebiet handelt, das zunächst gewisse Opfer erfordert. Bis Ende dieser Woche sollen die erforderlichen Unterlagen beschafft werden, um in dieser Hinsicht einen einigermaßen klaren Ueberblick zu haben. — Mit den Herren vom Schiklub, soweit sie gleichzeitig Vorstandsmitglieder des Verkehrsvereins sind, wurde eine zunächst unverbindliche Vereinbarung dahin getroffen, daß der Schiklub auch weiterhin bestehen bleibt, daß aber die Werbung für den Wintersport, sowie die mit sportlichen Veranstaltungen verbundenen Kosten, wie Sprungschanze ꝛc., Sache des Verkehrsvereins ist. Kosten für Veranstaltungen, die ausgesprochen lokalen Charakter tragen, fallen nicht hierunter. Der Schiklub wird sich schon in den ersten Tagen eingehend mit der Frage befassen und dann im Einvernehmen mit dem Verkehrsverein den Bau der Sprungschanze in Angriff nehmen. Auch mit der Abteilung Erndtebrück des S.G.V. soll Hand in Hand gearbeitet werden. So sollen sich vor allen Dingen die Bestrebungen auf Instandhaltung von Bänken und deren Neuanschaffung und die Bezeichnung der Wege gegenseitig ergänzen. Eine diesbezügliche Aussprache mit dem S.G.V. über gemeinsame Arbeit soll demnächst erfolgen. Bei der Gelegenheit kam auch die Sprache wieder auf die mutwillige Zerstörung von Ruhebänken, von denen namentlich der Pulverwald betroffen wird. An Eltern und Lehrer geht daher erneut die Bitte, doch ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, daß die mit so viel Mühe und Opfersinn errichteten Ruheplätze vor der Zerstörung bewahrt bleiben. Allgemein bedauert wurde es, daß die Bemühungen der Gemeindevertretung zwecks Bau einer öffentlichen Badeanstalt in diesem Jahre an der Forderung des Grundstückseigentümers gescheitert sind. Die Versammlung hat aber das Vertrauen zu der Gemeindevertretung und besonders zu Herrn Gemeindevorsteher Sureth, daß die Angelegenheit im Rahmen der verfügbaren Mittel bald wieder Gegenstand weiterer Beratungen sein werde. Eine öffentliche Badeanstalt ist für eine Gemeinde, die sich die Hebung des Fremdenverkehrs zur Aufgabe gestellt hat, ein derart wichtiger Faktor, daß der Fremdenverkehr davon wesentlich beeinflußt wird. Auch die Beschaffenheit der Gemeindewege ist hierfür von großer Bedeutung. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß die Gemeinde auch in dieser Hinsicht allen berechtigten und erfüllbaren Wünschen Rechnung tragen wird. Schließlich gab die Versammlung noch der Hoffnung Ausdruck, daß die Gemeinde die Bestrebungen des Verkehrsvereins auch finanziell nach Möglichkeit unterstützen werde.

Schöffengericht in Siegen. Vor dem erweiterten Schöffengericht in Siegen kamen gestern u. a. folgende Straffachen zur Verhandlung: Der Blechwalzer Hrch. M. aus Oberndorf ist beschuldigt, auf dem Stünzelfest am 18. Juni ds. Js. den Oberlandjäger Weineld-Arfeld ins Gesicht geschlagen und zu Boden geworfen zu haben. Als Zeugen waren geladen Oberlandjäger Weineld, Maurer Hrch. B. aus Oberndorf und der „Dachdecker" Robert St. aus Amtshausen. Der Angeklagte schildert den Vorgang wie folgt: Ich kam in eins der Wirtszelte, wo einige junge Leute im Streit waren. Ich war an der Sache unbeteiligt. Oberlandj. W. faßte mich, ohne zu wissen, wer der eigentliche Täter war, hinten am Hals und forderte mich auf, das Zelt zu verlassen. Ich sagte ihm, daß ich mit der Sache nichts zu tun hätte und sollte er daher zunächst einmal feststellen, wer der Täter sei. Oberlandj. W. schob mich jedoch zum Zelt hinaus und verabreichte mir einige Schläge mit dem Gummiknüppel. Vor dem Zelt setzte ich mich dann zur Wehr, faßte den Oberlandj. am Hals, versetzte ihm einen Schlag mit der Faust, wobei wir beide zu Boden fielen. Da ich oben hin zu liegen kam, machte ich mich los und lief davon. Nach kurzer Zeit kehrte ich dann wieder zurück und nannte einigen Polizeibeamten meinen Namen. Diese nahmen mich fest und beförderten mich zum Amtsgericht in Berleburg, wo man mich bis zum nächsten Mittag festhielt. Ganz anders schildert der Zeuge Oberlandj. Weineld den Vorgang. Er sei von einem jungen Mann ersucht worden, einmal in das Zelt zu gehen, da in demselben eine Schlägerei ausgebrochen sei. Als ich einige Leute zur Ruhe verwies und aufforderte, das Zelt zu verlassen, erhielt ich plötzlich von hinten einen Stoß, vermutlich von dem Angeklagten. Ich faßte ihn dann an und forderte ihn auf, sich zu entfernen und mich nicht zu belästigen. Bei der Gelegenheit mag ich ihn wohl ein- oder zweimal mit dem Gummiknüppel geschlagen haben. Ich brachte ihn dann eine Strecke zum Zelt hinaus und ließ ihn dann los. Der Angeklagte verfolgte mich dann, schlug mich ins Gesicht, sodaß ich mit ihm ins Handgemenge kam und zu Boden fiel. Der Zeuge Hrch. B. will gesehen haben, daß Oberlandj. W. den Angeklagten vor das Zelt gebracht und mit dem Gummiknüppel geschlagen hat. Hier habe der Angeklagte den Zeugen W. gefaßt und beide seien zu Boden gefallen. Im vollständigen Widerspruch zu den Aussagen des Angeklagten und des Zeugen B. steht die Aussage des Zeugen St. aus Amtshausen. St. will gesehen haben, daß Oberlandj. W. den Angeklagten neben dem Zelt herunter gebracht hat. Zeuge W. soll den Angeklagten in den Rücken gestoßen und mit dem Gummiknüppel geschlagen haben. Die Aussage dieses Zeugen nähert sich derjenigen des Oberlandj. W. Das Gericht beschließt auf Antrag des Staatsanwalts, die Angelegenheit zu vertagen und erst an Hand einer Skizze über die örtlichen Verhältnisse weiter zu verhandeln. Auch werden voraussichtlich noch weitere Zeugen geladen. — Sodann wurde gegen Paul Sp. aus Sassenhausen verhandelt, der beschuldigt ist, in der Nacht vom 12. auf den 13. Oktbr. ds. Js. den Förster Jericho-Leimstruth mit einem Knüppel überfallen und zusammengeschlagen zu haben. Den Angeklagten vertritt Rechtsanwalt Köhler-Siegen, den als Nebenkläger zugelassenen Förster Jericho Rechtsanwalt Meier-Laasphe. Als Zeugen waren geladen: Landjägerm. Borges-Erndtebrück, Förster Jericho, dessen beide 14jährige Söhne Heinrich und Gustav Jericho und der Landwirt Herm. A. aus Sassenhausen. Der Angeklagte, ein schmächtiges Kerlchen mit recht apathischem Gesichtsausdruck, schildert den Hergang wie folgt: Der Zeuge A. und ich hörten an dem Sonntag abend, daß einige Burschen aus einem Nachbardorf in Sassenhausen seien, die mit Mädchen aus unserem Dorf verkehrten. Wir suchten daher mit den Burschen zusammen zu kommen, damit diese etwas „springen" lassen sollten. Wir trafen die Burschen aber nicht und so gingen wir, ohne etwas besonderes vorzuhaben, in der Richtung des Weges, den Förster Jericho mit seinen Söhnen kam. Ich nahm mir einen Ast mit, auf den ich mich stützte. Die Frage des Vorsitzenden, ob er den Knüppel nicht etwa mitgenommen habe, um dem „Springenlassen" einen gewissen Nachdruck zu geben, verneint der Angeklagte. Plötzlich sahen wir vor uns einen Hund, nach dem wir einige Mal mit Steinen warfen. Als ich dann durch den Graben näher heran kam, sah ich drei Personen, von denen eine auf mich zukam und auf mich einschlug. Erst danach habe ich wiedergeschlagen. (Das war ein recht schwacher Entlastungsversuch. Schriftltg.) Zeuge Förster Jericho sagte folgendes aus: Ich kam an dem Abend mit meinen beiden Söhnen Heinrich und Gustav von Richstein, wo wir meine alte Mutter besucht hatten. Mein Sohn Heinrich, der meinen Hund führte, war in dem Augenblick etwa 20 bis 30 Schritt hinter uns, als er plötzlich an mich herankam und sagte: Vater, da hat jemand mit Steinen geworfen. Ich gab ihm zur Antwort: Dummer Junge, wer will denn hier mit Steinen werfen. Kaum hatte ich diese Worte gesprochen, als ich einen Schlag mit einem Knüppel über den Kopf erhielt, daß ich zu Boden stürzte und für den Augenblick bewußtlos war. Auch als ich am Boden lag, schlug die Person wahllos auf mich ein, sodaß ich außer erheblichen Kopfverletzungen noch wochenlang heftige Schmerzen an der Hüfte und im Rücken verspürte. Als ich mich dann erhob, fiel ich zunächst wieder hin und erst als mein Sohn Gustav sagte, Vater, hast du denn keinen Revolver, kam ich einigermaßen zur Besinnung. Ich griff dann in die Tasche nach dem Revolver, jedoch dauerte es in der Verfassung, in der ich mich befand, etwas länger als sonst, bis ich die Waffe schußbereit hatte. Ich habe dann einige Schreckschüsse abgegeben, von dem Angreifer aber nichts mehr gehört oder gesehen. Die beiden Söhne bestätigen die Aussage ihres Vaters vollinhaltlich. Der Zeuge Herm. A., der als der Tapferkeit besseren Teil gleich zu Anfang die Flucht in die Ginsterbüsche ergriffen hatte, will nur gesehen haben, daß Jericho, bevor er geschlagen worden ist, einige Schritte zurück gemacht hat. Diese Aussage fand sowohl beim Staatsanwalt als auch beim Vorsitzenden die gebührende Aufnahme. Zeuge Borges berief sich auf seine zu den Akten bereits gemachten Angaben und wußte weiter in der Sache nichts auszusagen. Rechtsanwalt Köhler versuchte in einem vorzüglichen Plädoir für seinen Klienten zu retten, was zu retten war. Das Gericht vermochte sich dieser Auffassnug jedoch nicht anzuschließen. Der Staatsanwalt beantragte unter Versagung mildernder Umstände 3 Monate Gefängnis. Das Gericht ging über den Antrag hinaus und verurteilte den Angeklagten in Anbetracht der Rohheit seiner Handlungsweise zu 4 Monaten Gefängnis mit der Maßgabe, daß nach Verbüßung von 2 Monaten für die restlichen 2 Monate Strafaufschub auf 3 Jahre mit Aussicht auf Erlaß gewährt wird, falls sich der Angeklagte bis dahin gut geführt hat.

Aus Nah und Fern.

— **Wetzlar.** Veruntreuungen aus Vaterliebe. Vor dem Schöffengericht hatte sich der frühere Rechner der Spar- und Leihkasse Niederkleen wegen Unterschlagung und Bilanzfälschung zu verantworten. Der Angeklagte mußte nach der Inflation mehrmals mit größeren Summen für seinen Sohn einspringen, um ihm eine Existenz neu aufzubauen. Er griff zu verschiedenen unkorrekten Manipulationen, um sich von der Niederkleener Kasse Geld zu verschaffen. Insgesamt schädigte er die Kasse um 44 000 Mark. Von dieser Summe hat der Angeklagte rund 31 000 Mark abgedeckt. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahr.

— **Stadtlohn** (Westfalen). Gewölbeeinsturz in einer Kirche. Ein Teil des Gewölbes der Pfarrkirche stürzte ein. Die herunterfallenden Stücke wogen zum Teil mehr als einen Zentner. Da sich zur Zeit nur wenige Personen in der Kirche befanden, wurden nur drei verletzt.



3 762 000 Erwerbslose.

Die Zunahme der Zahl der Arbeitslosen in der Zeit vom 15. bis 30. November gegenüber der ersten Novemberhälfte. Verglichen mit dem Stand im November vorigen Jahres hat somit die Arbeitslosigkeit geradezu katastrophales Ausmaß angenommen.

— **Köln.** Selbstmord aus Heimweh. Aus einem menschlich verständlichen Motiv heraus hat ein seit 2 Jahren in dem nahen Stommeln als Landarbeiter beschäftigter Mann von auswärts Selbstmord verübt. Er war vor einigen Tagen aus einem hiesigen Krankenhaus, wo er sich einer Magenoperation unterzogen hatte, entlassen worden. Nach der Entlassung erschien er bei seinem Arbeitgeber, dem er mitteilte, er werde sich umbringen, da er arbeitsunfähig sei und starkes Heimweh habe. Da ihm die zu einer Reise notwendigen Geldmittel fehlten, führte er seinen Entschluß aus, indem er sich vor den M.-Gladbach-Kölner Schnellzug warf. Die Räder zermalmten den Unglücklichen.

— **Die Schulen in Deutschland.** In Deutschland gibt es nicht weniger als rund 87 200 Schulen mit etwa 10 Millionen Schülern. Unter den Schulen stehen die Volksschulen mit rund 52 790 an erster Stelle. Von den höheren Schulen marschieren die Oberrealschulen mit 682 an der Spitze. Es folgen die Gymnasien mit 515 und die Realgymnasien mit 401. Es gibt weiter über 29 600 Fortbildungs- und Berufsschulen und über 1500 Mittelschulen.

— **Friedland** (Mecklenburg). 20 Kinder in die Abortgrube gefallen. Am Mittwochnachmittag brach im Kinderhort der Boden einer zwei Meter tiefen Abortgrube ein, als etwa 30 Kinder auf dem Belag spazieren gingen. Ueber 20 Kinder stürzten in die Grube. Auf die Hilferufe der aufsichtführenden Schwester eilten Bewohner der Nachbarschaft herbei, denen es zusammen mit der inzwischen erschienenen Polizei und einigen Aerzten gelang, sämtliche Kinder vor dem sicheren Erstickungstod zu retten. Mehrere Kinder waren bereits bewußtlos, konnten aber nach langen Bemühungen wieder ins Leben zurückgerufen werden. Der Unfall entstand dadurch, daß eine Holzleiste, auf der der Bodenbelag ruhte, infolge der schweren Belastung durchbrach.

— **Brüssel,** 10. Dez. Das Massensterben im Maastal. Bis jetzt offiziell 67 Todesopfer. Die Zahl der Todesopfer im Maastal beträgt nach offiziellen Angaben 67. Die Zahl der in den Krankenhäusern liegenden erkrankten Personen beläuft sich auf etwa 100. Alle Erkrankten befinden sich außer Lebensgefahr.

Verbot aufreizender Plakate in der Rheinprovinz.

Koblenz, 11. Dez. Im Hinblick darauf, daß die Erregung des öffentlichen Lebens durch den Anschlag aufreizender Plakate nicht unwesentlich gesteigert worden ist, hat der Oberpräsident der Rheinprovinz eine Polizeiverordnung erlassen, durch die das öffentliche Anschlagen, die Anheftung und Ausstellung von Plakaten verboten ist, deren Inhalt eine strafbare Handung darstellt oder die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung gefährdet. Verboten ist ferner die Anwendung von roter Farbe für Plakate, die nicht amtliche Bekanntmachungen öffentlicher Behörden enthalten.

Riesige Unterschlagungen bei einer bayrischen Elektrizitätsgesellschaft.

Bayreuth, 11. Dez. Bei der Bayrischen Elektrizitätslieferungsgesellschaft wurden vor einigen Wochen große Unterschlagungen aufgedeckt, die zur fristlosen Entlassung des kaufmännischen Direktors und einiger Abteilungsleiter führten. Der eine Abteilungsleiter Benesch hat sich in den hiesigen Anlagen erschossen. Er war für nachmittags, da die Staatsanwaltschaft bereits die Sache in die Hand genommen hatte, vom Untersuchungsrichter geladen worden. Der technische Direktor Lapart wurde ebenfalls fristlos entlassen und durch die Staatsanwaltschaft verhaftet. Wie verlautet, sollen die Unterschlagungen sich auf etwa 100 000 bis 150 000 Mark belaufen.

Schweres Flugzeugunglück in Schanghai.

Schanghai, 10. Dez. Ein schweres Flugzeugunglück hat sich in Schanghai ereignet. Das täglich von hier nach Hankau abgehende Postflugzeug, das außer zwei Piloten fünf Passagiere mit sich führte, stürzte aus beträchtlicher Höhe ab und fiel inmitten einer Flotte chinesischer Dschunken in den Wangpu-Fluß. Von den Insassen wurden drei getötet und die übrigen schwer verletzt.

— **Generalstreik in Valencia.** Die Arbeiterschaft in Valencia (Spanien) hat den Generalstreik erklärt. Die Ausständigen durchziehen die Stadt und haben verschiedene Straßenbahnwagen angehalten. Bei einem Zusammenstoß mit der Wache wurden eine Person getötet, ein Zivilgardist schwer und mehrere Personen leicht verletzt. Aus Cadiz wird gemeldet, daß man auch dort mit dem Ausbrechen des Generalstreiks rechnet.

— **Ein Times-Urteil über die Abrüstungsdebatten.** Ueber die Schlußsitzung der Genfer vorbereitenden Abrüstungskommission sagt der Genfer Korrespondent der „Times": Verschiedene Reden wurden von Männern gehalten, die einen hervorragenden Anteil an den langen Erörterungen genommen haben, aber sie waren zurückhaltend in ihrer Ausdrucksweise und zeugten von der allgemeinen Einsicht, daß noch viel Gelände gewonnen werden muß, bevor die Welt überzeugt sein kann, daß Abrüstung wirklich auf der Tagesordnung steht. — „News Chronicle" sagt in einem Leitartikel: Es ist zweifellos unmöglich, von dem Genfer Konventionsentwurf mit Begeisterung zu sprechen. Weder Frankreich, noch Italien, noch Polen, noch einer der kleinen Staaten Ost- und Südosteuropas will mehr für die Abrüstung tun, als Redensarten machen, solange Rußland eine gut ausgerüstete Armee von 1 Million Mann unterhält, deren Organisation und Schlagkraft sich von Monat zu Monat erhöhen. Es ist ein circulus vitiosus; denn wenn die Alliierten ihre übernommene Verpflichtung zur Abrüstung nicht ausführen, wie lange können sie dann darauf rechnen, daß Deutschland seinerseits die ihm aufgezwungene Vereinbarung einhalten und militärisch machtlos bleiben wird?

Wetterbeobachtungen

Wetteraussichten für Freitag: Trübe und kalt, geringe Niederschlagsneigung, schwache Winde.

Wetterbeobachtungen der Aufbauschule Laasphe.
Von heute, 11. 12., 8 Uhr vormittags

Temperatur:	+1° C
Barometerstand: (gestern 766 mm)	767 mm
Feuchtigkeit der Luft:	95 %
Höchste Temperatur (seit gestern 8 Uhr vormittags):	+3° C
Niedrigste Temperatur (" " " " "):	0° C
Niederschlagsmenge (" " " " "):	0,3 mm

Billiges Weihnachtsangebot

in

Herrengarderobe, sowie sämtlichen Herrenartikeln.

Das nennt man Preise senken

werden Sie sagen, wenn Sie die bekannten guten Anzüge und Mäntel zu solch **niedrigen Preisen** sehen.

Besuchen Sie uns und Sie werden zur Ueberzeugung kommen.

Fr. Loosl, Laasphe

Empfehle

Musik-Instrumente

wie

„Elektrola"-, „Grammophon"-. „Orchestrola". Musikapparate

zu **bedeutend** herabgesetzten Preisen.

— Bequeme Ratenzahlung. —

Elektrola-, Grammophon-, Orchestrola-

Musikplatten

die neusten Aufnahmen.

★ **Weihnachtsplatten** ★

Zithern — Violinen — Lauten
Guitarren — Mandolinen

u. s. w.

Volle Garantie für jedes Stück.

Aug. Imgardt, Laasphe

Musikalien- und Instrumentenhandlung.

Wittgenst. Geflügelzuchtverein Laasphe.

Mitgliederversammlung

am **Sonntag den 14. Dezember,** nachm. 4¼ Uhr im Kurhaus Kohlstaedt.

1) Besprechung über die am 10. und 11. Januar in der hiesigen städtischen Turnhalle stattfindende Jubiläums-Geflügelschau.
2) Entgegennahme der Anmeldungen für diese Schau.
3) Verschiedenes.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um pünktliches und zahlreiches Erscheinen dringend gebeten.

Der Vorstand.

Brennholzauktion

am **Sonnabend den 20. Dezember 1930,** vormittags **10 Uhr** in der Gastwirtschaft Autschbach in **Bermershausen.**

112,— rm	Buchen-Scheite	
27,— „	„	-Knüppel
8,— „	„	-Knorrholz
93 Stück	„	-Astreishaufen
0,50 rm	Erlen-Knüppel	
1,— „	Eichen-Knüppel	
1,50 „	„	-Knorrholz

aus dem Distrikt **Sparberg** und **Burg.**

Ueber die Lage des Holzes gibt der Forstbetriebsbeamte Herr **Unterförster Frank,** Holzhausen, nähere Auskunft.

Bekanntgabe der Bedingungen vor dem Termine. ⅓ des Steigerpreises ist im Termin in bar anzuzahlen.

Fürst Wittgenstein'sche Oberförsterei Feudingen zu Saßmannshausen.

Herzog Hansl

Die althistorische Liebesgeschichte des Erzherzogs Johann mit der Postmeisterstochter Anna Plochl von Aussee.

Ferner:

Wolkenkratzer

Eine lebhafte Geschichte in schwindelnder Höhe.

Deulig Wochenschau.

Bestellungen auf

Christstollen

mit feinster Naturbutter, rechzeitig erbeten. 1 Pfund 1.40 Mk.

Konditorei Schröder
Laasphe, Fernruf 89.

Kaufe

alle Sorten Lumpen und Alteisen

zu höchsten Tagespreisen.

Jakob Moses, Laasphe.

Universitätsbund.

Morgen, **Freitag, den 12. Dez., abends 8 Uhr** in der Aula der Aufbauschule, Vortrag Prof. Dr. Niebergall:

Spiritismus und Okkultismus.

Für das Jahr 1931 neu eintretende Mitglieder haben nach Einzeichnung in die Mitgliederliste freien Eintritt, im übrigen Eintritt 1.— RM.

Ich suche für sofort einen ehrlichen, properen und freundlichen Jungen als

Bäckerlehrling.

Zunächst schriftl. Bewerbungen an

Walter Münker,
Dampfbäckerei,
Eichen.

Garantiert reinen

Bienen-Schleuderhonig

empfiehlt

Ludwig Spies, Kunst.

Für die Feiertage!

Offeriere prima sauber zum Braten **fette Gänse** und nehme Bestellungen entgegen. Heute Donnerstag, sowie Freitag **Schellfisch** kopflos à Pfund 25 Pfg. Alle Sorten **Gemüse** billigst, sowie alle Sorten **Obst u. Apfelsinen.**

Christian Klinkert, Laasphe
Bahnhofstraße Fernruf 79

Wiederverkäufer

Baumwollwaren
Wollwaren
Kurzwaren
Trikotagen

kauft man nur bei

Heinrich Keller, Siegen Kölnerstrasse 27

Glückssucher / Roman von Erika Riedberg

21] Nachdruck verboten.

Amalie schluchzte, ohne es zu wissen, liefen ihr die Tränen über die Backen.

Sie nahm ihren Hut, und stand dann wieder gedankenlos vor dem Spiegel, sah nicht ihr eigenes Bild.

Schließlich raffte sie sich auf und ging die Treppe hinunter ins Freie.

Herzlich sehnte sie sich nach einem Menschen, zu dem sie offen sprechen, dem sie sich anvertrauen konnte. Aber wo, in diesem Straßengewirr, diesem Häusermeer einen finden.

Ach, wie sehr hoffte sie damals bei ihrer Wiederverheiratung diesen Rat und Schutz in Robert Janek zu finden.

Mechanisch ging sie Schritt vor Schritt.

Ihr Zorn war verflogen . . . nur traurig war sie noch. Und ganz heimlich beschämt: es hatte doch arg getroffen, das Wort vom Verliebtsein in ihren Jahren.

Sie bog in eine Nebenstraße ein. Vor einer Konditorei, in der sie früher wohl eine Tasse Schokolade getrunken hatte, blieb sie stehen.

Nach Hause gehen mochte sie nicht, hier konnte sie still sitzen, ein paar Zeitschriften durchblättern und überlegen, wie sie sich am Abend zu ihrem Mann stellen sollte.

Kaum saß sie, erleichtert aufatmend, an einem der kleinen Marmortische, als sie von einem der größeren aus einer Nische heraus ein lauter Zuruf traf: „Frau Janek, hier." — —

Teichmann winkte mit beiden Armen.

„Kommen Sie doch zu uns. Platz vorhanden."

Unwillkürlich stand sie auf und ging hinüber.

Mit Hallo wurde sie empfangen.

Neben Teichmann saß mit verschämtem Lächeln Auguste Bartels . . . im Sofa thronte Frau Dorette.

Teichmann machte eine großartige Handbewegung.

„Habe die Ehre, Ihnen meine Braut sowie meine verehrte Frau Schwiegermutter vorzustellen. Und mich selbst als den Geschäftsführer einer Fremdenpension, welche die Firma Bartels und Teichmann demnächst eröffnen wird, halten uns bei Bedarf empfohlen."

Mit schlechtverhehlter Schadenfreude nahm Frau Bartels Amaliens Glückwünsche entgegen.

Teichmann schwadronierte von großen Plänen. Auguste saß ein bißchen gedrückt dabei.

Im Innersten dachte sie noch oft an den schönen, interessanten Schlesier, der ihr schon entsagendes Herz noch einmal zum Hoffen aufgestört hatte.

Amalie dachte im stillen, wie wollen denn die das bloß anfangen? Fremdenpension? Na, dazu gehört mehr als Zimmerabvermieten. Wenn sich Dorette nur nicht aufführen läßt. Der Teichmann taugt nichts . . . Das arme Tierchen . . . die Auguste kann einem leid tun.

Trotzdem empfand sie betrübt, wie sich die Verhältnisse verschoben hatten . . . Dorette blähte sich hochmütig in neuen großartigen Aussichten, indes sie selbst in heimlicher Angst für ihre Zukunft fürchtete.

Und Teichmann redete und machte alles vergessen, was seine verehrte Frau Schwiegermutter jemals Nachteiliges über ihn zu sagen gewußt.

Amalie saß noch eine Viertelstunde bei ihnen, um nicht den Anschein eines Mißgönnens zu erwecken, dann ging sie auf einem Umweg nach Hause.

Robert Janek war nicht dort. In seinem Zimmer lagen die Splitter des Briefbeschwerers, zerknüllte und zerrissene Papiere umher.

Amalie rief nicht das Mädchen. Sie machte selbst Ordnung. Die Beschäftigung beruhigte ihre Nerven mehr als der Spaziergang getan.

Dann schickte sie um ein nettes Abendessen, deckte den Tisch und erwartete, mit einer Handarbeit im Sessel ausruhend, ihren Mann. Freundlich wollte sie ihn empfangen, ohne Vorwürfe . . . hatte sie sich doch auch vom Zorn hinreißen lassen.

Es ward später und später . . . er kam nicht.

Amalie konnte ihre Aufregung kaum noch beherrschen.

Würde er überhaupt nicht mehr kommen? War dies sein Ende?

Sie wankte mit zitternden Knien umher und fühlte, sie konnte sich kaum aufrecht halten.

Sie ging an die Vorplatztür, horchte ins Treppenhaus hinunter . . . nichts.

Im Briefkasten steckte noch die Abendzeitung. Sie nahm sie mit hinein.

Gedankenabwesend blätterte sie mit unruhiger Hand darin, überflog den Annoncenteil, die Familiennachrichten.

Plötzlich fuhr sie zusammen . . . Ihr Blick irrte über die amtlichen Bekanntmachungen . . . las und erstarrte: „Wie verlautbart, ist der Bau einer Zweigbahn Limmerode-Strehnitz abgelehnt worden. Aus Gründen usw."

Sie las es zweimal, dreimal . . . sie flüsterte die Worte leise vor sich hin . . .

„Herrgott. Lieber Gott."

Sie faltete die Hände und schluchzte . . .

„Was soll aus uns werden. Ach, und wo bleibt der Mann. Vielleicht kommt er nicht wieder . . . Und ich sitze hier arm und verlassen . . . Ach, lieber Gott. Diese Angst, hilf mir doch . . ."

Sie weinte und wachte die ganze Nacht. Kaum, daß für flüchtige Minuten die Augen zufielen. Ach, wenn ihr braver verstorbener Mann wüßte, was aus ihr, aus dem bürgerlich-ruhigen Glück, das sie an seiner Seite genossen, geworden war.

Wenn doch sein verständiger, solider Sinn wieder Ordnung in ihrem Leben schaffen könnte.

Wenn doch alles ungeschehen zu machen wäre . . .

Aber sie hatte es so gewollt. Sie hatte sich bestricken lassen . . . Hoffahrt und verblendete späte Liebe war in sie gefahren, so war sie Robert Janek anheimgefallen.

Es konnte ihr Lebensglück und ihre Ruhe, es konnte ihr ganzes Hab und Gut kosten . . . aber sie hatte ihn nun mal . . . und mußte zu ihm stehen . . .

Nach vielem Weinen und Kämpfen nahm Amalie sich vor, tapfer zu sein.

Im Morgengrauen hörte sie die Flurtür aufschließen. Ein seltsam schwerer Tritt tappte nach der Tür gegenüber, stolperte, stieß an allerlei Gegenstände . . .

Sie stürzte hinaus.

Taumelnd wie ein Trunkener schwankte ihr Mann an ihr vorüber . . .

„Robert. Um Gotteswillen. Robert."

Ein leichenblasses Gesicht wandte sich ihr zu . . .

„Du schon auf?" fragte er und starrte sie an.

„Wie siehst du aus," stammelte sie. „Weißt du's denn schon?"

Er kam nahe auf sie zu.

„Was meinst du. Den Bahnbauschwindel? Ja, den weiß ich . . ."

Er schüttelte die Faust so dicht vor ihr, daß sie glaubte, jeden Augenblick könnte sie ein Schlag treffen.

(Forts. folgt.)